

Geschichtsverein will „klares Bekenntnis“

Positionspapier zum Städtischen Museum / „Erhebliche Bringschuld“ des Verwaltungsspitze

Von Michael Brakemeier

Göttingen. In einem Positionspapier hat der Göttinger Geschichtsverein ein „klares Bekenntnis“ der „Stadt und ihrer Verwaltungsspitze“ zu einer „gesicherten Zukunft“ des Städtischen Museums gefordert. Die Bürger hätten darauf Anspruch, heißt es darin.

Der Historiker Peter Aufgebauer, Vorsitzender des Vereins, mahnte angesichts eines inzwischen erarbeiteten Museumskonzeptes eine schnelle Entscheidung des Rates in der Frage nach einem Museumsstandort an. „Weitere Verzögerungen seitens der Verwaltungsspitze sind Politik und Öffentlichkeit nicht zuzumuten.“ Eine Alternative zum jetzigen Standort am Ritterplan, der derzeit umfangreich saniert wird, sei Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) bislang schuldig geblieben.

Zudem sei zu fragen, so Aufgebauer weiter, wie ein „zugunsten des Kunstquartiers finanziell und personell geschwächtes Museum die im Museumskonzept formulierten anspruchsvollen und aufwendigen Aufgaben und Anforderungen erfüllen soll“. Bereits im Oktober hatte Ludwig Theuvsen, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes, nach einem Gespräch mit Aufgebauer die Befürchtung geäußert, „dass der Oberbürgermeister das Städtische Museum als zentrales Gedächtnis der Geschichte unserer Heimat gegenüber dem Großprojekt Kunstquartier vernachlässigen will“. Es sei nicht einzusehen, so Aufgebauer, warum eine „bewährte Kulturinstitution dafür geschädigt werden“ müsse. Aufgebauer hebt in dem Positionspapier die „herausragende Bedeutung der Judaica-Sammlung“ des Museums hervor. Bei der Sammlung von Gegenständen, die das Leben der Göttinger Juden dokumentiert, handele es sich um „einzigartige Zeugnisse“ einer Kultur, „die systematisch zerstört und vernichtet“ worden ist. „Daraus erwächst den nachgeborenen Mandatsträgern und Entscheidungsträgern die Pflicht, diese Sammlung zu pflegen und der Öffentlichkeit unverzüglich und angemessen zugänglich zu machen. Hier haben die Stadt und ihre Verwaltungsspitze eine politisch erhebliche Bringschuld.“